Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

# Arbeiterstimme

Verstärkt die rote Presseoffensive
Unsere Zeitung gehört in jedes Arbeiterhaus. Macht die roten Wähler zu unseren Lesern. Gestaltet den kommenden Sonntag zu einem
Großwerbetag!

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 30 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (anschl. an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 M. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Alle Inseratenexpedition, Filiale Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 27 250, Postscheck Dresden 20 165. Redaktion und Expedition: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, Tel. 17 250 [illegible] frei Haus monatlich 2,20 M. (im voraus zahlbar), durch die Post [illegible] Zustellgebühr. Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Politik: Otto Gäbel, Dresden; Ausland: Alfred Hendrich, Berlin; übriger Teil: Erich [illegible], Dresden; Inserate: Fritz Ritscher, Dresden; Druck u. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17250, Postscheck Dresden [illegible]

8. Jahrgang | Dresden, Mittwoch den 23. November 1932 | Nummer 267

# Hitler, der Hungervogt des Kapitals

### Hitler schwört auf das Papenprogramm . Naziführer im Bunde mit den kapitalistischen Scharfmachern . Erbärmlicher Kuhhandel mit dem Hugenberg-Brüning-Klüngel . Papen für Hitlers Kanzlerschaft

## Arbeiter, bezieht Wacht- und Kampfposten!

Berlin, 23. Nov. (Eig. Drahtb.)

**In geheimen Konferenzen und geheimen Schreiben geht der Schacher um die Bildung der Regierung weiter. Im „Kaiserhof", dem feudalen Standquartier Hitlers, geben sich die deutschen Scharfmacher, Junker, Großagrarier, Generale und Prinzen ein Stelldichein um mit Adolf Hitler zu beraten, in welcher Weise seine Einsiedlung in die faschistische Konzentrationsregierung am besten erfolgen kann.**

Das deutsche Proletariat ist Zeuge des erbärmlichsten Schauspiels. Derselbe Hitler, der nur sein Geschrei gegen die Notverordnung Papens während des ganzen Wahlkampfes vor noch schwereren Verlusten am 6. November bewahrte, derselbe Hitler hat gestern die Forderung Hindenburgs angenommen, bei eventueller Regierungsbildung durch ihn ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen, „daß den Anschluß an das bisherige vom Reichspräsidenten verordnete Wirtschaftsprogramm aufrechterhalten soll". Das Essener Naziorgan, Nationalzeitung, bestätigt diesen Pakt Hitler-Hindenburg mit den Worten:

„Wir Nationalsozialisten sind uns darüber klar, daß bis in einem gewissen Grade dieses Wirtschaftsprogramm (Papens) schon nicht mehr ausgeschaltet werden kann."

Über das völlig antisoziale Programm der geplanten kommenden Regierung gibt es also keine Differenzen: Hitler steht gerade für den Lohnabbau Papens, er will noch niedrigere Hungerlöhne erzwingen. Er will die volksfeindliche Politik des Unterstützungsabbaues bis zur völligen Vernichtung der Sozialversicherung weiterführen.

Schon geben sich im Kaiserhof die Exponenten des schlimmsten Scharfmachertums ein Stelldichein, angefangen von dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten Schacht bis zum Inflationskanzler Cuno und dem berüchtigten Herzog von Koburg-Gotha, der mit seinen Millionenforderungen das thüringische Volk geschröpft hat und noch auspreßt. Durch Schacht und den Herzog hat Hitler

**die Fühlung mit Hugenberg aufgenommen**

um sich mit ihm zu verständigen, mit demselben Hugenberg, gegen den bis zum 6. November alle Hakenkreuztrompeten schmetterten.

Ja, durch eine offiziöse Mitteilung wird jetzt bekannt, daß niemand anders als Papen selbst Hindenburg geraten hat, Hitler mit der Regierungsneubildung zu beauftragen. Daraus kann sich jeder selbst seinen Vers machen, wie weit es mit der Volksfreundlichkeit des Hitler bestellt ist. Das ganze Volk soll es wissen: er ist nichts anderes als der Soldknecht und Fronvogt der kapitalistischen Herrenschicht gegen die Volksmassen! Er hat den Reichspräsidenten ersucht, ihm alle Vollmachten für den Gebrauch des Diktaturartikels 48 zu geben, ohne den er seine lohn- und unterstützungsräuberischen Pläne nicht durchsetzen kann.

Ob die Hitlerregierung oder eine Neuauflage des Papen-Schleicher-Kabinetts mit entfalteter Militärdiktatur kommt, in jedem Falle geht es um die Niederhaltung des Proletariats und um die weitere Senkung seiner Lebenshaltung.

**Darum muß das Proletariat auf Wacht- und Kampfposten stehen. Darum muß es den Verrat der sozialdemokratischen Führung niedriger hängen, die dem werktätigen Volk Beruhigungspillen gibt und es durch parlamentarisch-kretinistische Vorwärtsbetrachtungen von der zentralen Aufgabe ablenken wird. Und diese Aufgabe heißt:**

**Eiligste Schließung der roten Einheitsfront, an der die Faschisten aller Schattierungen sich die Schädel einrennen werden.**

**Das ist der Führer der Nazipartei,**

**der alles zur Rettung der kapitalistischen Privatwirtschaft zu tun gelobte, der großmäulig die „Ausrottung des Kommunismus" gelobte und noch tausend andere Versprechungen für die Bourgeoisie zur Ergatterung von Ministersesseln abgegeben hat.**

## Erwerbslosen-Demonstration in Leipzig

**Wie gemeldet wird, kam es in Leipzig gestern nachmittag zu demonstrativen Kundgebungen von Erwerbslosen und Angehörigen der KPD. Etwa 600 Personen marschierten in Achterreihen unter Absingen revolutionärer Lieder vom Brühl her nach dem Markt und von dort durch die Katharinenstraße. Die sofort eingesetzte Polizei konnte den Zug auflösen. Acht Personen wurden der Polizeiwache zugeführt.**

## Sozialfaschistischer Massenbetrug

### SPD-Arbeiter, nun aber Schluß! Es geht um die Einheitsfront der Tat!

Dresden, 23. November.

Das Ende der kapitalistischen Stabilisierung, die Verschärfung der kapitalistischen Krise und die schnelle Zuspitzung der Klassenwidersprüche, wie sie sich in allen politischen Ereignissen dieser Tage immer wieder offenbart, führt zu einer neuen höheren Etappe in der Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes. Die anschaulichste Bestätigung dafür war der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter, der ein besonders deutliches Beispiel der gewachsenen Kampfkraft des Proletariats war. Im Zusammenhang mit allen übrigen Beispielen der proletarischen Offensive und im Zusammenhang mit den wachsenden Schwierigkeiten der deutschen Bourgeoisie trug dieser Kampf schließlich auch viel mit zur Sprengung des Papenkabinetts bei.

Wenn die deutsche Bourgeoisie gegenwärtig durch eine noch einheitlichere Zusammenfassung aller Teile der Konterrevolution und vor allem durch die Heranziehung des Hitlerfaschismus, der durch die SPD großgezüchtet wurde, durch die Heranziehung dieser Massenterrororganisation der Bourgeoisie versucht, den faschistischen Kurs noch mehr zu verschärfen, so gilt es gerade im Hinblick darauf die Notwendigkeit der Verstärkung des außerparlamentarischen Massenkampfes der Arbeiter zu betonen. Diesem außerparlamentarischen Massenkampf eröffnen sich um so größere Möglichkeiten, als immer breitere Massen von Arbeitern in die rote Einheitsfrontaktion einschwenken und als sich vor allem auch bereits Hunderttausende sozialdemokratischer Arbeiter um unser rotes Kampfbanner gegen die kapitalistische Diktatur scharen.

Entsetzt erkennen Millionen SPD-Arbeiter heute, wohin sie von den Severing und Löbe geführt worden sind. Die am 6. November stattgefundenen Reichstagswahlen und die acht Tage darauf in Sachsen durchgeführten Kommunalwahlen haben ganz unzweideutig erkennen lassen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in großen Massen zur Kommunistischen Partei strömen. Dabei handelt es sich aber keineswegs nur um eine einmalige Erscheinung, sondern um einen regelrechten Niedergangsprozeß der den Kapitalismus verteidigenden Sozialdemokratie. Allein seit 1930 hat die SPD nicht weniger als 2 Millionen Stimmen ver-

## Massenaktionen zur Rettung Bartls

### Steigert den Proteststurm gegen das Todesurteil, gegen Klassenjustiz und Faschismus!

Dresden, 23. November 1932. (Eig. Meldung).

Eine gestern stattgefundene Sitzung des **Arbeiterrates des Eltwerkes Dresden** nahm eine Protestentschließung an das sächsische Justizministerium gegen das Todesurteil an, in der es u. a. heißt:

„Der Arbeiterrat des Eltwerkes gelobt, gegen dieses Schandurteil auch noch mit anderen Mitteln als mit dieser Resolution anzukämpfen.

Im sicheren Einvernehmen mit der Gesamtbelegschaft erhebt der Arbeiterrat die Forderung auf unverzügliche Aufhebung des Todesurteils."

Der **Arbeiterrat von Koch & Sterzel, Dresden**, richtete gleichzeitig eine einstimmig angenommene Protestresolution an das Justizministerium, in der die sofortige Freilassung Bartls gefordert wird.

### Proteststreiks in Chemnitz beschlossen

Die Fürsorgearbeiter der Städtischen Gartenbauverwaltung, Abteilung Altchemnitz, nahmen in einer Belegschaftsversammlung Stellung gegen das Todesurteil und beschlossen einstimmig, zum Zeichen des Protestes am Donnerstag, dem Tag des Wiederzusammentritts des Sächsischen Landtages, von 15 Uhr bis 15.15 Uhr, in den Streik zu treten, um der Forderung auf Aufhebung des Todesurteils Nachdruck zu verleihen.

Diesem Beschluß schlossen sich ebenfalls die Fürsorgearbeiter des Plauens Amt für Leibespflege an.

Am Montag protestierte ebenfalls eine vom roten Betriebsratsvorsitzenden einberufene Belegschaftsversammlung des Betriebes C. Kessel in Kohlmühle gegen das Todesurteil.

40 Arbeiter des Betriebes Zittau, Dresden, unterzeichneten eine Protestresolution. Der übrige Teil der Belegschaft war nicht im Betrieb.

Eine Delegation aus den Limbacher Betrieben und vom Betrieb Steinäcker, Chemnitz, forderte beim Chemnitzer Schwurgericht die Aufhebung des Todesurteils. Proteste beschlossen außerdem die Straßenreinigung, Gartenverwaltung und die städtischen Kraftfahrer von Leipzig.

### Protestdemonstration in Dresden

**Am Montag demonstrierten etwa 200 Arbeiter in Dresden-Friedrichstadt auf der Schäferstraße. Sie brachten Niederrufe auf die Klassenjustiz, die den Arbeiter Bartl zum Tode verurteilt hat, und gegen Hitler und den Faschismus aus.**

**Auch aus Leipzig, Chemnitz und Falkenstein werden Protestdemonstrationen gemeldet.**

**Aus der großen Zahl der Protestaktionen greifen wir noch folgende heraus: Der Erwerbslosenausschuß Dresden-Ost sammelte über 500 Unterschriften. Im Pirnaer Stadtparlament wurde ein KPD-Antrag auf Aufhebung des Todesurteils angenommen. 600 Genossenschafter des Konsumvereins Vorwärts Heidenau, protestieren, ebenso 400 Rote-Hilfe-Mitglieder, in Dresden-Uebigau, eine Frauenversammlung von Neustadt-Ost, Kampfbundversammlungen in Penig, Kohlmühle und Göhren, Filmveranstaltung in Leipzig mit 1200 Besuchern, Rote-Hilfe-Versammlung mit 1500 Besuchern, Mitgliederversammlung des Zentralvereins Bermsgrün usw. usw.**

**Jetzt kommt es darauf an, die Protestaktionen zu steigern und vor allem in den Betrieben Proteststreiks gegen das ungeheuerliche Todesurteil, gegen die Verschärfung des [illegible] und gegen die faschistische Klassenjustiz zu organisieren.**

**Es gilt, den Arbeiter Bartl vor dem Tode zu retten und unseren hinter Kerkergittern schmachtenden Klassengenossen aktiv zu helfen.**

## 16. Opfer nationalsozialistischer Mörder

### Genosse Rudolf Männel gestorben

**Nach einer Thälmann-Kundgebung anläßlich der Reichspräsidentenwahl überfielen eine große Anzahl nationalsozialistischer brauner Mordbanditen die heimkehrenden Versammlungsbesucher und verletzten dabei mehrere Arbeiter schwer. Unter den Verletzten befand sich auch der 20jährige Jungarbeiter, Genosse Rudolf Männel aus Mittweida, der einen schweren Rückenschuß von den braunen Mördern erhielt. Seit dieser Zeit lag der Genosse im Krankenhaus. Heute erhalten wir die traurige Nachricht, daß unser Genosse seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Das ist das 16. Todesopfer in Sachsen, das die braunen Mörderbanden der antifaschistischen Bewegung beibrachten. Bis heute hat kein Staatsanwalt etwas gegen diese Mordbanditen unternommen. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird ihre Opfer nie vergessen.**